

Aus der Traum

Warum das bedingungslose Grundeinkommen ungerecht ist

Angesichts des vermeintlichen Wegfalls vieler Arbeitsplätze durch die Digitalisierung wird das bedingungslose Grundeinkommen als die Musterlösung präsentiert – was es aus christlich-sozialethischer Sicht aber keineswegs ist. Jüngst lehnte auch der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck die Idee als „Illusion“ ab.

In den Debatten zum Thema Arbeitsplatzverlust durch Digitalisierung wurde schon mehrmals das baldige Ende der Arbeitsgesellschaft vorhergesagt. Die Einführung eines bedingungs- und damit „erwerbslosen“ Grundeinkommens als geeignete Antwort auf die Digitalisierung erscheint vor diesem Hintergrund fast alternativlos. Angeblich.

Zum einen: Die Horrorszenarien auf Grundlage einschlägiger Studien sind Fehlinterpretationen. Selbst die pessimistischste Studie der Wirtschaftswissenschaftler von Frey und Osborne ergab keineswegs, dass die Digitalisierung fast 50 Prozent aller Arbeitsplätze vernichten würde, wie oft behauptet wird. Es werden in aller Regel nicht ganze Berufe, sondern vielmehr bestimmte Tätigkeiten ersetzt. Auch in den vermeintlich am meisten gefährdeten Berufen kann zum Beispiel die Kommunikation von Mensch zu Mensch nur schwerlich automatisiert werden. Durch die Digitalisierung wird Arbeit also nicht zwangsläufig weniger, sondern anders.

Zum anderen: Das Grundeinkommen sei ein Menschenrecht, wird von seinen Befürwortern behauptet. Menschen könnten damit ihr Leben freier, würdevoller und ohne materielle Existenzängste gestalten. Weitere, scheinbar nicht minder plausible Gründe für ein Grundeinkommen sind etwa eine deutliche Verschlankung oder gar Abschaffung der sozialstaatlichen Bürokratie sowie die Realisierung des demokratietheoretischen Ideals „gleiche Menschenwürde, gleiches Wahlrecht, gleiches Grundeinkommen“. Das alles ist aber genauso zu hinterfragen wie die digitalen Untergangsszenarien.

Grundeinkommen ist Schreckensvorstellung

Der zentrale Knackpunkt nämlich ist die Frage der Finanzierung – aus Gründen der Gerechtigkeit: Befürworter sprechen sich mitunter dafür aus, zur Finanzierung eines Grundeinkommens von 1000 Euro das gesamte Sozialbudget – 2017 wurden rund 965,5 Milliar-

den Euro für Sozialleistungen ausgegeben – zu veranschlagen, da es dann schließlich keiner weiteren Sozialleistungen und ihrer bürokratisch-aufwendigen Gewährung mehr bedürfe. Georg Cremer, der ehemalige Generalsekretär des Deutschen Caritasverbands, hat besonders präzise herausgearbeitet, was das bedeuten würde: Es gäbe keine gesetzliche Krankenkasse mehr, ergo müssten von den 1000 Euro die – am individuellen Gesundheitsrisiko bemessenen – Prämien für eine private Krankenversicherung bezahlt werden. Die im viel gescholtenen Arbeitslosengeld II enthaltenen bedarfsgeprüften Hilfen wie die Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten für Miete und Heizung fielen weg. Damit würde das Grundeinkommen zum Beispiel einem Münchener mit hohen Wohnkosten nicht einmal mehr das Existenzminimum garantieren. Auch die Hilfen für Flüchtlinge, für Menschen mit Behinderungen, für Pflegebedürftige oder die Jugendhilfe und vieles mehr entfielen.

Die radikal einfache Lösung des bedingungslosen Grundeinkommens wäre also vor allem radikal ungerecht und würde einen Sozialabbau bedeuten, wie er „neoliberaler“ nicht sein könnte. An dieser Stelle muss die vielgeschmähte „Sozialbürokratie“ einmal ausdrücklich verteidigt werden: Über öffentliche Leistungen muss in einem rechtskonformen Verfahren entschieden werden, was dem deutschen Sozialstaat als Rechtsstaat im internationalen Vergleich verhältnismäßig gut gelingt. Die Utopie vom bedingungslosen Grundeinkommen geriete für viele Menschen ohne den ausdifferenzierten Sozialstaat als der Institutionalisierung des barmherzigen Samariters daher zu einer reinen Schreckensvorstellung – einer Dystopie.

Arbeit ist christliche Pflicht

Manche Vertreter der Idee konzedieren deshalb, dass Teile des Sozialstaats wohl doch erhalten bleiben müssten. Dann aber wäre das Grundeinkommen über wesentliche höhere Abgaben zu finanzieren. Tragen sollen diese dann diejenigen, die weiter erwerbstätig sein wollen. Bei einer dann nötigen Steuerbelastung von 50 Prozent oder mehr kann man sich ausmalen, welche Ausmaße die Schwarzarbeit annehmen wird. Was wäre, wenn die Mehrheit im Falle der Einführung nur noch das Grundeinkommen wählen und bloß eine Minderheit noch – legal – arbeiten wollen würde? Dann gäbe es die wenigen Nettozahler, auf deren Kosten die Vielen arbeitslos vom Grundeinkommen leben könnten, was nicht funkti-

oniert und letztlich im Marxschen Sinne zu tiefst ausbeuterisch wäre.

Die Arbeitsgesellschaft würde also auch durch ein Grundeinkommen nicht abgeschafft. Das ist auch gut so, denn aus christlich-sozialethischer Sicht gilt darüber hinaus, sich nicht nur des Wertes der menschlichen Arbeit, sondern auch ihres verpflichtenden Charakters zu vergewissern: Jesus Christus selbst hat durch handwerkliche Arbeit seinen Lebensunterhalt verdient; der Apostel Paulus erzielte ebenfalls Erwerbseinkommen und forderte von Arbeitsscheuen besonders strikt: „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“ (2 Thess 3,10). „Ora et Labora“ ist die jahrhundertalte Maxime der Benediktinermönche; und auch die moderne kirchliche Soziallehre betont die moralische Pflicht zur Arbeit als Teilhabe des Menschen am Schöpfungswerk Gottes.

Widerspruch zur christlichen Sozialethik

Diese wenigen Ausführungen zeigen bereits: Weder ist die Digitalisierung der Arbeitswelt Anlass zu einseitiger Untergangsstimmung noch ist das bedingungslose Grundeinkommen so gerecht, so praktikabel und so eine einfache Ideallösung, wie gemeinhin behauptet. Ihre Umsetzung wäre ein gefährlicher Versuch, unsere Gesellschaft umzubauen, bei dem allein die voraussehbaren Folgen schon ungerecht genug wären.

Allerdings weisen Vertreter des Grundeinkommens zu Recht auf bestehende Probleme und Ungerechtigkeiten in Gesellschaft und Sozialstaat hin. Diese sind aber mittels umsichtiger und zielgenauer Reformpolitik besser zu bewältigen als durch Träume von einer radikalen Neukonstruktion mit hohem Dystopie-Potenzial. Ein bedingungsloses Grundeinkommen steht nicht zuletzt in tiefem Widerspruch zur christlichen Arbeits- und Sozialethik.

LARS SCHÄFERS

Lars Schäfers ist Magister der Theologie und wissenschaftlicher Referent an der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach. Die Einrichtung wurde von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1963 gegründet.

